Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Verwaltungsgericht Koblenz: Die Grenzkontrollen in Europa sind rechtswidrig
2. Deutsche Industrie unter Druck
3. Die Falle von Hormus: Warum die US-Strategie ins Leere läuft
4. Karaganow: Wie Russland im neuen Weltkrieg gewinnen kann
5. »Kein Wähler vor ihm hat so etwas ertragen müssen«
6. Pflichtoptimismus bei »Schwarz-Rot«
7. Stabil bleiben – Sozial gestalten: Das Märchen vom „aufgeblähten Sozialstaat“ und warum es für uns alle gefährlich ist.
8. Am Volk vorbei
9. Konsumstimmung deutscher Verbraucher sinkt auf Stand von 2023
10. Überwältigende Mehrheit fordert Ende der Renten-Sonderregel für Beamte und Politiker
11. Silicon Valley-Beben: Die Profiteure der Miliarden-Investitionen von Microsoft, Amazon & Co.
12. Studie zu ChatGPT-Vorteilen im Unterricht zurückgezogen
13. Lobbyministerin Reiche: Einseitige fossile Agenda beschädigt die Demokratie
14. Vier Stunden Höcke: Es braucht neue Medien
15. Papst Leo ernennt einen Migranten zum Bischof, der ohne Papiere in die USA eingereist ist

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Verwaltungsgericht Koblenz: Die Grenzkontrollen in Europa sind rechtswidrig**
   Eine zweite Klatsche vor Gericht, aber keine Konsequenzen. Die Politik ignoriert die Rechtsprechung. Nach dem Verwaltungsgericht Berlin, das in einem Grundsatzurteil festgestellt hatte, dass die Zurückweisung von Asylbewerbern ohne Ansehen der Person rechtswidrig ist, hat nun das Verwaltungsgericht Koblenz ebenso grundsätzlich festgestellt, dass die Kontrollen innerhalb des Schengenraumes prinzipiell rechtswidrig sind, weil die Bundesregierung den von ihr behaupteten Notfall (in Sachen Zustrom von Migranten und Aufnahmekapazität) nicht nachweisen kann. Hier ist das Urteil zu finden.
   Ich habe in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen (hier zuletzt), wie absurd und europafeindlich die von Deutschland systematisch durchgeführten Grenzkontrollen sind. Ohne nachweisen zu können, dass die Maßnahme merkliche Auswirkungen auf die Zuwanderung hat, verstößt Deutschland legal und moralisch gegen europäische Vereinbarungen und schafft so – zusätzlich zu all den anderen Provokationen der europäischen Partner – ohne jeden Sinn neue Feindschaft.
   Auch die Art und Weise, wie die Bundesregierung mit der Justiz umgeht, ist skandalös.
   Quelle: Relevante Ökonomik
2. **Deutsche Industrie unter Druck**
   Der Angriffskrieg der USA und Israels gegen Iran verschärft die bereits bestehende Strukturkrise der deutschen Industrie erheblich. Produktionsausfälle am Persischen Golf bei Erdöl, Flüssigerdgas und anderen strategisch wichtigen Rohstoffen wie Helium lassen weltweit die Preise in die Höhe schnellen und die Versorgungsrisiken wachsen. Dies trifft insbesondere die vom Import dieser Rohstoffe stark abhängige deutsche Industrie. Wirtschaftsverbände warnen bereits vor einer Stagnation der Industrieproduktion, während zugleich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland auf ihren höchsten Stand seit dem Finanzkrisenjahr 2009 steigt. Die Bundesregierung hatte zuletzt versucht, die deutschen Energieimporte breiter aufzustellen und die rasant zunehmende Abhängigkeit von Flüssiggas aus den USA zu reduzieren; auch dies wird jetzt durch die Folgen des US-Angriffskriegs konterkariert. Während energieintensive Industrien erheblich unter Druck geraten, profitieren Rohstoffkonzerne und Finanzakteure von den Preissprüngen. Hoffnung auf steigende Absätze können sich zudem Unternehmen machen, die von der steigenden Nutzung erneuerbarer Energien und der Atomkraft profitieren.
   Quelle: German Foreign Policy
3. **Die Falle von Hormus: Warum die US-Strategie ins Leere läuft**
   Die US-Seeblockade gegen den Iran hat die Straße von Hormus in eine Falle verwandelt. Tausende Schiffe stecken fest, doch Teheran weicht aus. Eine Analyse.
   Zwei iranische Raketen sollen am Montag ein US-Kriegsschiff nahe der Insel Jask

getroffen haben. Teheran behauptet, dem Beschuss seien mehrere eindeutige Warnungen vorausgegangen, die die amerikanische Besatzung ignoriert habe. Das US-Centcom bestreitet jegliche Treffer. Später trafen iranische Drohnen ein Öldepot in den Vereinigten Arabischen Emiraten und lösten einen Großbrand aus.
Dem Angriff vorausgegangen waren mehrere Äußerungen von US-Präsident Donald Trump, der angekündigt hatte, die Operation "Project Freedom" zu starten – um Schiffe, die in der gesperrten Meerenge festsitzen, sicher herauszugeleiten.
Quelle: Telepolis

dazu auch: **Spritpreise steigen wieder, Tagesschnitt weiter über zwei Euro**
Mit dem Tankrabatt fallen 17 Cent Energiesteuer pro Liter Benzin weg. Auf die Spritpreise setzt sich das allerdings nicht voll um – die steigen bereits wieder.
Quelle: Zeit Online

4. **Karaganow: Wie Russland im neuen Weltkrieg gewinnen kann**
Ein Land, das zwei Weltkriege entfesselt und sich des Völkermords schuldig gemacht hat, hat kein Recht auf die "stärkste Armee Europas" und schon gar nicht auf Massenvernichtungswaffen. Sollte es danach streben, müssen die deutschen Bürger verstehen, dass ihre Heimat zerstört wird, damit nie wieder von deutschem Boden eine Bedrohung für den Frieden ausgeht. […]
Der Einsatz von Atomwaffen ist eine große Sünde. Aber der faktische Verzicht auf ihren Einsatz ist ebenfalls eine schwere Sünde, denn er führt zur Ausweitung und Verschärfung des vom Westen begonnenen Weltkriegs. Wenn man ihn nicht aufhält, wird er in jedem Fall mit dem Untergang der Menschheit enden – und auf dem Weg dorthin mit der Erschöpfung und dem Untergang unseres Landes. Und wozu brauchen wir eine Welt, in der es kein Russland gibt?
Quelle: RT DE

Anmerkung unseres Lesers A.H.: *Allen, die meinen, Putin sei der Teufel, und auf einen Nachfolger hoffen, sei geraten, sich die Aussagen anderer Meinungsführer aus Russland zu Gemüte zu führen. Wir sollten möglichst bald mit dem „gemäßigten" und deutsch sprechenden Putin Friedensverhandlungen führen, solange wir das noch können.*

5. **»Kein Wähler vor ihm hat so etwas ertragen müssen«**
Ein Jahr Regierung Merz. Zumutungen für Lohnabhängige, Enttäuschung auf der Kapitalseite. Baldiges Scheitern wahrscheinlich
Vom Start weg vermasselt, vermurkst, vermerzt. Nach nur einem Jahr Amtszeit wettet kaum mehr einer auf die volle Laufzeit der Regierung. Schon die Kanzlerwahl im

Bundestag am 6. Mai 2025 geriet beinahe zur Kanzlerdämmerung, noch bevor das neue Kabinett auch nur zu einer Sitzung hätte zusammenkommen können. Friedrich Merz verfehlte im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit um sechs Stimmen; mindestens 18 Abgeordnete aus den Reihen der beiden Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD müssen dem CDU-Vorsitzenden die Zustimmung verweigert haben. Ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik.
Von diesem Tiefpunkt an verlief die Kurve stetig nach unten.
Quelle: junge Welt

dazu: **Wimmern im Kanzleramt**
Kein Bundeskanzler vor ihm hatte es so schwer wie Friedrich Merz. Lange arbeitete er auf dieses Amt hin — aber so eklatant ist wahrlich noch kein Bundeskanzler gescheitert.
Der Politikbetrieb, so heißt es, härte die daran Beteiligten ab. Man müsse zum coolen Machtmenschen werden oder man gehe unter. Für weichere Seelenregungen wie Mitgefühl sei da kaum Platz. Anders bei Friedrich Merz. Der ist sogar in hohem Maß zum Mitleid fähig. Allerdings nur mit sich selbst. „Kein Bundeskanzler vor mir hat so etwas ertragen müssen“, vertraute er dem Spiegel an. Ja, Friedrich Merz bläst nach nur einem Jahr seiner Kanzlerschaft ein eisiger Wind ins Gesicht. Warum sich die Beliebtheit des immerhin körperlich ziemlich großen Friedrich nicht auf dem Niveau von Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Kohl zu ihren Glanzzeiten bewegt — ja, das ist eine Denksportaufgabe, die wir lösen müssen. Vielleicht waren Volk und Medien zu ihnen deshalb gnädiger, weil sie keine Kanzler des Niedergangs und der Wortbrüche waren. Friedrich Merz hat sich mit Beharrlichkeit zum CDU-Vorsitz und zur Kanzlerschaft gedrängt. Die meisten haben von ihm ohnehin nicht viel erwartet, und selbst diese nicht vorhandenen Hoffnungen wurden noch enttäuscht. Dass so ein Mann ins Kanzleramt gelangen und sich für bisher ein Jahr dort halten könnte, ist der schlagende Beweis für das Versagen unseres Politik- und Mediensystems.
Quelle: Roberto J. De Lapuente auf Manova

dazu auch: **„In einer prekäreren Lage als je zuvor“ – So blickt das Ausland auf Bundeskanzler Merz**
Zum ersten Jahrestag seiner Kanzlerwahl fällt die Bilanz für Friedrich Merz in der internationalen Presse ernüchternd aus. Ausgerechnet sein Verhältnis zu Donald Trump, lange als Stärke inszeniert, wird zum Problem. In den Fokus rückt Merz’ Kommunikation.
Quelle: Welt Online

6. **Pflichtoptimismus bei »Schwarz-Rot«**

Keine Feierlaune nach einem Jahr Merz-Regierung. SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas droht mit Reformen »größer als Hartz IV«
Feierstimmung dürfte in Berlin an diesem Mittwoch wegen des einjährigen Bestehens der »schwarz-roten« Koalition nicht aufkommen. Das Tauziehen von Union und SPD um »Reformen« sorgt für schlechte Kritiken der Hofberichterstatter. Am Dienstag versuchten vor allem die Sozialdemokraten, den Eindruck von Entschlossenheit zu vermitteln. Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) versprach, die sogenannte Sozialstaatsreform werde großartig werden. Dirk Wiese, parlamentarischer Staatssekretär der SPD-Fraktion, kündigte an, »die Ärmel hochzukrempeln«. Und SPD-Fraktionsvize Wiebke Esdar bestand darauf, Reichen tiefer in die Tasche zu greifen. Trotz der angespannten Haushaltslage müsse es eine spürbare Entlastung für die breite Mehrheit geben, insistierte Esdar gegenüber der Augsburger Allgemeinen (Dienstag). Und zur Gegenfinanzierung müssten Spitzenverdiener herangezogen werden. Damit widersprach sie Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), der am Sonntag in der ARD-Sendung »Caren Miosga« dem SPD-Plan einer stärkeren Besteuerung höherer Einkommen eine klare Absage erteilt hatte.
Quelle: junge Welt

dazu: **So bewerten die Fraktionen Schwarz-Rot**
Die schwarz-rote Koalition hat eine durchwachsene Bilanz ihres ersten Amtsjahres gezogen und zugleich ihren Willen bekräftigt, gemeinsam weitere Reformen anzupacken. Vieles soll besser werden. Die Opposition äußert vernichtende Kritik.
Quelle: tagesschau

dazu auch: **Umfrage: Mehrheit der Deutschen will vorgezogene Bundestagswahl**
Eine aktuelle Studie zeigt eine breite Unzufriedenheit mit dem aktuellen Bundestag. Auch Kanzler Friedrich Merz erhält schlechte Noten.
Quelle: Berliner Zeitung

7. **Stabil bleiben – Sozial gestalten: Das Märchen vom „aufgeblähten Sozialstaat“ und warum es für uns alle gefährlich ist.**
Seit Monaten hören wir nahezu täglich dieselbe Geschichte: Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, der konservative Wirtschaftsflügel der CDU und Bundeskanzler Friedrich Merz behaupten in Interviews, Reden und Schlagzeilen der Sozialstaat sei zu groß, zu teuer und eine Belastung für wirtschaftliches Wachstum.
Dahinter steckt eine klare Strategie: Radikale Maßnahmen und Zumutungen werden in die Öffentlichkeit getragen. Beschäftigten, Teilzeitkräften und Leistungsempfänger:innen wird mangelnde Leistungsbereitschaft oder Bequemlichkeit angesichts sozialstaatlicher Errungenschaften vorgeworfen. Spätere tatsächliche

Einschnitte im Sozialstaat sollen dadurch als „moderate“ und angemessene Maßnahmen erscheinen. Schritt für Schritt soll so die Grenze verschoben werden, was gesellschaftlich als normal und notwendig mit Blick auf den Sozialstaat gelten soll.
Quelle: ver.di

8. **Am Volk vorbei**
   Deutschland soll den Gürtel enger schnallen — jedoch nicht, weil wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hätten, sondern weil die Entscheidungsträger andere Prioritäten setzen.
   In diesen von Kriegen und wirtschaftlichen Krisen erschütterten Zeiten werden wir fast täglich mit autoritären Regierungsbotschaften überschüttet: mehr arbeiten, länger arbeiten, später in Rente gehen, mehr Eigenverantwortung zeigen, privat vorsorgen, Reservistendienst bis zum 70. Lebensjahr leisten und Wehrpflicht — kurz: mehr Opfer für den Staat bringen! Aber was sollen diese Opfer zur Krisenbewältigung beitragen? Wer entscheidet darüber mit welcher Legitimation? Und warum werden wir nicht gefragt? Wir Bürger sollten eigentlich diejenigen sein, deren Willensbildung und Interessen die Grundlagen staatlicher Herrschaft auf Zeit sind. So steht es in Artikel 20(2) des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Das ist das Fundament einer repräsentativen demokratischen Ordnung, das Prinzip der Volkssouveränität. Wir, das Volk, sind der Souverän, wir übertragen durch Wahlen Regierungsmacht auf Zeit. Und wir können auch Regierungsmacht beenden.
   Quelle: Manova
9. **Konsumstimmung deutscher Verbraucher sinkt auf Stand von 2023**
   Die Konsumlaune in Deutschland ist so schlecht wie zuletzt vor drei Jahren. Der Handelsverband sieht auch für die kommenden Monate keine Aussicht auf Besserung. Die Konsumstimmung deutscher Verbraucherinnen und Verbraucher ist auf den niedrigsten Stand seit Februar 2023 gefallen. Das Konsumbarometer des Handelsverbandes Deutschland (HDE) sank im Mai auf 92,3 Punkte, wie der Verband mitteilte. Mit einem Minus von 2,6 Punkten im Vergleich zum Vormonat ist es demnach zugleich der stärkste Rückgang binnen eines Monats seit Januar 2024. »Vor allem die steigenden Preise und die Sorgen um eine schwache Konjunktur trüben die Verbraucherstimmung deutlich ein«, teilte der HDE mit.
   Quelle: Zeit Online

   dazu auch: **Preiskampf bei Schokolade: Rewe-Chef rechnet mit Lindt & Co. ab**
   Hohe Preise für Schokolade und Kaffee und zusätzlich hohe Kosten für Personal und Energie. Die Lebensmittelbranche in Deutschland hat massiv zu kämpfen. Nun

attackiert Rewe-Chef Lionel Souque namhafte Markensteller. “Der Kakaopreis ist bis letztes Jahr unglaublich gestiegen, also gab es massive Preiserhöhungen. Seit Monaten sinken die Rohstoffpreise. Aber die großen Markenhersteller, vor allem Lindt und Mondelēz, haben die Preise erhöht”, sagte Souque dem Nachrichtenmagazin “Der Spiegel”.
Quelle: t-online

10. **Überwältigende Mehrheit fordert Ende der Renten-Sonderregel für Beamte und Politiker**
Für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es selbstverständlich: Monat für Monat fließen 18,6 Prozent des Bruttogehalts in die gesetzliche Rentenversicherung. Beamte, Beamtinnen, viele Selbstständige sowie Politikerinnen und Politiker bleiben davon verschont. Genau das stößt bei der Bevölkerung auf breite Ablehnung.
Eine repräsentative Umfrage des Instituts Infratest dimap im Auftrag des WDR liefert eindeutige Zahlen: 86 Prozent der Deutschen befürworten, Beamtinnen und Beamte, Selbstständige sowie Politikerinnen und Politiker künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, heißt es in der Pressemitteilung. Lediglich jede zehnte befragte Person lehnt das ab.
Quelle: FR Online
11. **Silicon Valley-Beben: Die Profiteure der Miliarden-Investitionen von Microsoft, Amazon & Co.**
Die Tech-Giganten aus dem Silicon Valley, also die Magnificent Seven, befinden sich aktuell in einem waschechten Wettrüsten. Der Grund: KI. Immer mehr Rechenleistung wird benötigt, um den Bedürfnissen zu entsprechen, was zu Investitionen führt, die selbst für Microsoft, Amazon & Co. neue Dimensionen annehmen.
Wie die jüngsten Quartalszahlen und Analysen zeigen, werden die sogenannten Hypersclaer in den kommenden Jahren erneut dreistellige Milliardenbeträge in KI-Technik investieren. Amazon spricht beispielsweise von jährlichen Investitionsausgaben von über 100 Milliarden US-Dollar, um die Kapazitäten des wichtigen Cloud-Netzwerkes AWS auszubauen. Dabei sind diese Ausgaben kein Selbstzweck. Im Gegenteil: Es handelt sich um eine notwendige Reaktion, um den Datenhunger der Large Language Model (LLMs) im Stile von ChatGPT und Claude zu decken und nicht vom Markt verdrängt zu werden.
Quelle: Börse Online
12. **Studie zu ChatGPT-Vorteilen im Unterricht zurückgezogen**
Springer Nature zieht eine Meta-Analyse zurück, die großen Lerneffekt durch ChatGPT belegte. Das Paper wurde bereits über 500 Mal zitiert.

Über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Schulen wird viel diskutiert: Die Europäische Union und die OECD wollen KI in den Schulen fest verankern. Forscher sehen hingegen die Gefahr, dass sich dies negativ auf Intelligenz und Lernleistung der Kinder auswirkt.
Die Position der Skeptiker dürfte durch eine aktuelle Entwicklung gestärkt sein. Und zwar geht es um eine der am meisten beachteten Studien über den Nutzen von ChatGPT im Bildungswesen. Diese hat sich jetzt als nicht haltbar erwiesen.
Quelle: Telepolis

13. **Lobbyministerin Reiche: Einseitige fossile Agenda beschädigt die Demokratie**
Katherina Reiches Auftrag ist klar: Als Ministerin muss sie verschiedene Interessen anhören und abwägen, um Wirtschafts- und Energiepolitik im Interesse der Allgemeinheit voranzubringen. Doch Reiche macht genau das Gegenteil: Sie gestaltet einseitige Politik gemeinsam mit fossilen Konzernen. Und das immer wieder.
Ein aktuelles Beispiel ist das Kraftwerkssicherheitsgesetz, das inzwischen unter neuem Namen als Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz firmiert: Dabei geht es darum, wie die Stromversorgung dauerhaft mit Hilfe von Gaskraftwerken oder Alternativen wie Batteriespeichern sichergestellt wird. Entscheidend dafür, welche Technologie zum Einsatz kommt, sind die Ausschreibungskriterien, für die Reiches Ministerium verantwortlich ist. (…)
Nach Recherchen von Handelsblatt (€) und Spiegel (€) wurde bekannt: Reiche hat bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs gezielt Lobbypapiere von RWE und EnBW angefordert.
Quelle: LobbyControl

Anmerkung Christian Reimann: *Schlimm ist nicht, dass sich Wirtschaftsministerin Reiche für fossile Energieträger einsetzt. Schlimm ist, dass ihr Ministerium offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, entsprechende Gesetzesentwürfe allein zu formulieren. Wo war eigentlich die Kritik und Recherche diverser „Qualitätsmedien“ und auch von LobbyControl als Reiches Amtsvorgänger Habeck den Lobbyisten Graichen von der Agora Energiewende und dessen Schwager zu Staatssekretären gemacht hatte?*

14. **Vier Stunden Höcke: Es braucht neue Medien**
Björn Höcke redet bei einem YouTuber vier Stunden lang ohne kritische Fragen. Die Empörung darüber ist verständlich. Aber das Phänomen zeigt auch die Grenzen etablierter Medien.
„Mein Ziel ist halt hier, klüger rauszugehen, als ich reingegangen bin.“ Mit diesem Satz begrüßt Ben Berndt seinen Gast Björn Höcke zu einem vierstündigen Gespräch,

das innerhalb weniger Tage 3,5 Millionen Mal auf YouTube abgerufen wurde. Hinzu kommen Podcast-Abrufe in vermutlich ähnlicher Höhe.
Dass es in diesen vier Stunden nicht eine einzige kritische Nachfrage gibt, gehört zum Formatversprechen. […]
Das meiste ist nicht überraschend, vieles nicht einmal interessant. Manches ist geschönt („Als Kind hatte ich schon das Gefühl, in mir etwas Größerem dienen zu wollen“), anderes ist blanke Demagogie („Die Migration ist ein Mordkomplott gegen das deutsche Volk“), anderes schlicht gelogen („Ich habe niemals eine Intrige eingefädelt“). Höcke ist dabei weder besonders unterhaltend, noch glänzt er intellektuell, in diesem Gespräch wirkt er nicht einmal besonders radikal. Dass ihm trotzdem mehrere Millionen Menschen stundenlang zuhören, muss für Fragezeichen sorgen.
Quelle: Über Rechts

dazu auch: **Die AfD und das Ende des deutschen ”Schuldkults“**
Die AfD will die Erinnerungskultur in Deutschland grundsätzlich verändern. Sie möchte die »Scham- und Schuldkultur« beenden und fordert eine »patriotische Wende«. Helmut Ortner über die Entsorgung der Nazi-Geschichte und rechtsnationalen Kulturkampf – und warum es Gegenwehr und Gegenaufklärung braucht.
Quelle: pressenza

15. **Papst Leo ernennt einen Migranten zum Bischof, der ohne Papiere in die USA eingereist ist**
Evelio Menjivar-Ayala kam einst im Kofferraum eines Autos in die USA. Nun setzt sich der aus El Salvador stammende Geistliche für Migranten ein. Seine Ernennung zum Bischof ist ein Affront gegen Trump
Papst Leo XIV. hat einen Mann, der einst als Einwanderer ohne Papiere versteckt im Kofferraum eines Autos in die Vereinigten Staaten eingereist war, zum neuen Bischof von West Virginia ernannt. Der Papst genehmigte den Rücktritt von Bischof Mark E. Brennan aus Wheeling-Charleston, West Virginia, und wählte den 55-jährigen Bischof Evelio Menjivar-Ayala aus Washington als seinen Nachfolger, berichtete OSV News.
Quelle: der Freitag